

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Medienkonferenz des EVD vom 12. Februar 2007**

## **Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – es braucht eine Neuorientierung der schweizerischen Familienpolitik**

*Thomas Daum, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband*

Als Frau Bundesrätin Leuthard im Januar das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zum Pilotprojekt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erklärte, hat dies da und dort kritische Kommentare provoziert. Unbestritten positiv war aber, dass damit ein für die schweizerische Wirtschaft und Gesellschaft wichtiges Thema medial lanciert wurde. Es ist zu hoffen, dass nun auch die Vorstellung des «KMU-Handbuchs Beruf und Familie» die entsprechende Aufmerksamkeit findet, denn jetzt geht es um die Praxis von weit mehr Menschen, als im EVD arbeiten.

Frau Bundesrätin Leuthard macht heute gleichsam den zweiten Schritt: aus dem Bundeshaus hinaus in die Welt der Wirtschaft; von der Grossverwaltung zu den wettbewerbsorientierten Klein- und Mittelbetrieben. Der Schweizerische Arbeitgeberverband unterstützt sie gerne bei diesem Vorhaben. Dies umso mehr, als die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Wirtschaft schon seit längerer Zeit ein Thema ist. Unser Verband hat ja 2001 dafür einen Tipp «Familie, Kinder und Beruf» für Arbeitgeber herausgegeben und zu Tausenden an seine Mitglieder verschickt. Es hat sich seither einiges bewegt, aber noch nicht genug. Mit dem neuen KMU-Handbuch «Beruf und Familie» als Dienstleistung des seco können wir jetzt nachstossen.

Wesentlich für unsere Unterstützung der seco Kampagne ist die Tatsache, dass das Handbuch die KMU's nicht mit Regulierungen und Belehrungen konfrontiert, sondern mit einer systematisierten Sammlung von Best-Practice-Beispielen unterstützt. Freiwilligkeit, Lösungsvielfalt und firmenindividuelle Gestaltung sind in diesem Zusammenhang Schlüsselbegriffe. Es gibt für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine eindimensionalen Lösungen und schon gar keine Patentrezepte. Wir kommen nur voran, wenn die Arbeitgeber vom Ziel sowie von der Realisierbarkeit zielführenden Massnahmen überzeugt sind und dabei ihren unternehmensspezifischen Massnahmenmix entwickeln. Und was überzeugt die KMU'ler mehr, als das praktische Beispiel ihrer Kollegen und Kolleginnen?

Gleiches gilt im Übrigen auch für die Arbeitnehmenden und ihre Partner/ Partnerinnen oder ihre Familien. Auch sie müssen einen Beitrag leisten, wenn sie ein besseres Nebeneinander von Familie und Beruf wollen – mit erhöhter Flexibilität bei der Arbeitszeit, mit der partnerschaftlichen Übernahme von Familienpflichten, mit der eigenverantwortlichen Weiterqualifikation

usw. Es reicht nicht aus, nur die Arbeitgeber zu motivieren – ohne die entsprechende Bereitschaft der Arbeitnehmenden geht nichts. In diesem Sinne sei das Handbuch auch den Beschäftigten zur Lektüre empfohlen.

Vielleicht werden sich einige Beobachter der sozialpolitischen Szene fragen, wieso der Schweizerische Arbeitgeberverband jetzt diese Aktion des seco und des EVD lobt, nachdem er im November noch gegen das Bundeskinderzulagen-Gesetz gekämpft hatte. Aber entgegen dem ersten Anschein passen die beiden Positionen sehr wohl zusammen. Die ca. 600 Millionen Franken Mehrausgaben, welche uns der neue Sozialversicherungszweig und die zusätzliche Umverteilung kosten, hätten wir - wenn schon - lieber als Investitionen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt, speziell für eine bessere familien- und schulergänzende Kinderbetreuung.

Damit habe ich die Brücke zur Schweizerischen Familienpolitik geschlagen. Diese ist immer noch zu ausschliesslich sozialpolitisch ausgerichtet. Die Abstimmung über die Bundeskinderzulagen hat es gezeigt. Wir wollen eine Neuorientierung. Die Familienpolitik muss aus der sozialpolitischen Ecke herauskommen und stärker gesellschafts- und auch wirtschaftsorientiert werden. Wir postulieren einen Ansatz, der die Arbeits- und Bildungswelt vermehrt ins Visier nimmt.

Wer die demographische Entwicklung in der Schweiz beobachtet, der weiss, dass wir nur bei einer hohen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen eine Chance haben, jenes Wachstum zu generieren, das wir künftig zur Erhaltung von Wohlstand und sozialer Sicherheit benötigen. Ein weiterer Blick in die Statistik zeigt zudem, dass gerade bei den gut ausgebildeten Frauen die Geburtenrate stark zurückgeht. Die hohe Erwerbsbeteiligung von Elternpaaren und eine höhere Geburtenrate von gut ausgebildeten Frauen lassen sich aber nur bei einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen. Daran hat auch die Arbeitgeberschaft ein hohes Interesse. In einem enger werdenden Arbeitsmarkt werden zudem die einzelnen Arbeitgeber gezwungen sein, ihre Attraktivität für Arbeitnehmer mit Familienpflichten zu pflegen.

Dass die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum arbeitgeberpolitischen Programm gehört, ist also schon aus arbeitsmarkt- und wachstumspolitischen Gründen evident. Dabei geht es nicht nur um die heute vorgestellten Massnahmen in den Unternehmungen. Angesprochen sind z.B. auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für Paare und Familien sowie das Angebot zur familienergänzenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

Vor allem industrielle Grossbetriebe mit hohem Frauenanteil schufen schon früh eigene Kinderkrippen, um ihre Arbeitskräfte bestmöglich einsetzen zu können. Heute beteiligen sich vermehrt auch mittlere Betriebe an solchen Institutionen, weil sie attraktiv für gut ausgebildete Arbeitskräfte sein wollen, und gewisse Gemeinden sehen im familienergänzenden Betreuungsangebot bereits einen Standortfaktor. Dennoch ist eine grosse Zahl der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ausserschulisch nicht betreut, worin viele Fachleute einen – wenn auch nicht den einzigen - Grund für die Zunahme der Sozialisations- und Bildungsprobleme zahlreicher Jugendlichen sehen. Spätestens die Lehrbetriebe, also wiederum die Arbeitgeber, müssen dann



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE

feststellen, wie aufwendig es ist, solche Jugendlichen im Nachhinein ausbildungs- erwerbs- und gesellschaftsfähig zu machen. Auch hier zeigt sich, dass Familienpolitik eine starke bildungs- arbeitsmarkts- und wirtschaftspolitische Dimension hat.

Der heutige Anlass und die Herausgabe dieses «KMU-Handbuchs Beruf und Familie» sowie die Präsenz der EVD-Vorsteherin, Frau Bundesrätin Leuthard, beweisen, dass man dies zu erkennen beginnt und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie definitiv ein anerkanntes Ziel auch der Politik geworden ist.

Zürich, 12. Februar 2007

Kontakt:

Th. Daum  
Schweizerischer Arbeitgeberverbands  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
8032 Zürich

Tel. 044 421 17 31  
E-Mail: [daum@arbeitgeber.ch](mailto:daum@arbeitgeber.ch)